

Alcântara ist Brasiliens Tor ins All. Die Raketenbasis befindet sich im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão, auf dem Territorium der Quilombolas. Für eine Erweiterung sollen die afrobrasilianischen Dörfer weichen.



## Auf Bolsonaro's Abschussliste

Brasiliens Quilombolas wehren sich gegen die Erweiterung der Raketenbasis in Alcântara auf ihrem Land.

Von Peter Steiniger (Text) und Ana Mendes (Fotos)

**L**andraub, Vertreibung und in der Folge Entwurzelung und Elend bedrohen die Bewohner der traditionellen afrobrasilianischen Gemeinden, von denen viele im Nordosten des größten südamerikanischen Landes zu finden sind. Die Quilombos, während der Kolonialära als Zufluchtsorte entlaufener schwarzer Sklaven gegründet, haben sich zu nicht-indigenen lokalen Gemeinschaften mit eigener kultureller Identität entwickelt. Um ihre Selbstbestimmung und ihre Rechte müssen sie auch heute kämpfen. Das gilt umso mehr, seit Anfang 2019 der ultrarechte Rassist Jair Bolsonaro in den Präsidentenpalast einzog, der mit dem autoritären Stiefel regiert.

In der Region um die an der Bucht von São Marcos gelegene Kleinstadt Alcântara im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão bestehen solche ehemaligen Sklavendörfer und ihre Territorien bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts. Etwa 12 000 Quilombolas – so werden die Bewohner der Quilombos genannt – leben auf dem etwa 1500 Quadratkilometer großen Gemeindegebiet. Sie verteilen sich auf etwa 150 dörfliche Gemeinschaften. Von einem großen Teil ihres Landes hat der Staat bereits Besitz ergriffen und darauf 1983 eine Basis als Startplatz für Raketen errichtet.

Die Bolsonaro-Regierung treibt die Zusammenarbeit mit den USA bei Militär und Rüstung voran und erfüllt dem Weißen Haus Wünsche. Im März 2019 schlossen beide Länder ein Abkommen, das Alcântara für die USA zur Durchführung von Satellitenstarts öffnet. Im Oktober desselben Jahres wurde der Vertrag vom Nationalkongress ratifiziert. Die Luftwaffe und die zivile Raumfahrtagentur AEB kooperieren bei der Weiterentwicklung des Geländes zum Weltraumzentrum. Für eine Nutzung der Basis interessieren sich die USA seit Jahrzehnten. 2001 verhinderte dies ein Referendum, später stellen sich die linken Regierungen von Lula da Silva und Dilma Rousseff (2003–2016) dagegen.

Gemäß dem neuen Pakt sollen der Stützpunkt vergrößert und dafür etwa 2000 Quilombolas an 27 Orten zwangsweise umgesiedelt werden. Solche Enteignungen oder Umsiedlungen in neu angelegte Dörfer, so-

genannte Agrovilas, gab es hier bereits früher – mit üblen Folgen für die Betroffenen: Traditionelle Strukturen brachen zusammen, die Quilombolas konnten die für sie charakteristische naturschonende Landwirtschaft nicht fortführen. Nicht wenige endeten als Entwurzelte in den Elendsquartieren an der Peripherie der Großstädte.

Gegen die Pläne von Trump und Bolsonaro wehren sich die Quilombolas mit politischen Protesten und vor den Gerichten. Ebenso wie die indigenen Völker besitzen ihre Gemeinschaften seit 1988 verfassungsmäßige Rechte auf ihr Land. Ein Netzwerk von Bewegungen und Gewerkschaften ist in Alcântara seit Langem aktiv. Eine besonders aktive Rolle spielen darin die Frauen.

Fátima Diniz ist eine von sechs regionalen Leiterinnen der Bewegung der werktätigen Frauen von Alcântara. Unbeirrt wollen sie ihren Kampf fortsetzen, betont die Aktivistin. »Er dauert schon vier Jahrzehnte. Wir haben uns während der Militärdiktatur ebenso wehren müssen wie unter demokratischen Regierungen. Und wir tun das auch jetzt, wo wir erneut dem Autoritarismus ausgesetzt sind.« Besonders betont Fátima Diniz die Einigkeit der dörflichen Gemeinden

der Quilombolas. »Die Umsiedlungen lehnen wir geschlossen ab.« Bedrohlich sind die Pläne der Regierung gerade für die an der Küste lebenden Menschen, für die der Fischfang die Existenzgrundlage darstellt. Ende März veröffentlichte die Regierung in Brasília einen Beschluss über Maßnahmen zur Vorbereitung der Umsiedlung.

Den Alltag in Alcântara bestimmen gegenwärtig weitere Probleme: Auf die Virus-epidemie wurde in Maranhão mit strikten Maßnahmen reagiert. Der Gouverneur des Bundesstaates, Flávio Dino von der Kommunistischen Partei (PCdoB), verhängte einen Lockdown und erließ Kontaktbeschränkungen. Die Gemeinde unterband per Dekret einen Teil des Straßenverkehrs zugunsten der wenigen vorhandenen Krankenwagen und behördlicher Fahrzeuge. An Mütter und Ältere ließ sie Virusschnelltests, Masken und Desinfektionsmittel verteilen. Eine Schule wurde zur provisorischen Krankenstation.

Das Gesundheitssystem im Gemeindegebiet ist bescheiden, das einzige Krankenhaus wird derzeit saniert. In der Metropolregion um Maranhãos Hauptstadt São Luís, zu der auch Alcântara gehört, wurden bisher mehr als 500 Todesfälle im Zusammenhang mit

Covid-19 registriert, die 230 Intensivbetten der hiesigen Kliniken sind Ende Mai fast vollständig belegt. Mit der Wiederöffnung der Geschäfte begann in dieser Woche die schrittweise Normalisierung des Lebens.

Ihre Organisationen, sagt Frauenrechtlerin Fátima Diniz, hätte die Pandemie zwar teilweise demobilisiert. Versammlungen wären derzeit nicht durchführbar. »Wir müssen uns über die sozialen Netzwerke verständigen, doch wir schlafen nicht.« Besonders die Auseinandersetzungen auf dem juristischen Feld gehen weiter. Mitte Mai verfügte ein Gericht, dass keine Umsiedlung von Dorfgemeinschaften erfolgen darf, solange Anhörungen laufen. Die Forderung der Gemeinschaften nach Mitsprache stützt sich auf das 1991 in Kraft getretene und zehn Jahre später von Brasilien ratifizierte 169. Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO »über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern«.

Anfang April forderte auch eine Allianz von Abgeordneten die Annullierung der Pläne. Sie verwiesen auf soziale Folgen, Verfassungsgarantien für traditionelle Siedlungsgebiete und Risiken wegen der Epidemie. Erst ein kleiner Teil der Tausenden Quilombos erreichten bisher die Demarkierung ihrer Gebiete durch den Staat und damit Rechtstitel über deren kollektiven Besitz. Darunter Dutzende in Maranhão. In Alcântara kam dieser Prozess nie voran. Fátima Diniz weiß, dass noch ein schwerer Weg bevorsteht: »Das Recht auf unser Territorium geben wir Quilombolas nicht her. Wir haben zwar einige Schlachten gewonnen, aber der Krieg ist längst nicht gewonnen.« Seit 1999 existiert das Netzwerk Alcântara-Betroffener »Mabe«. Dorinete Serejo vertritt darin die direkt bedrohte Gemeinde Canelatiua. »Natürlich wehren wir uns«, sagt sie. »Würden wir unsere Umsiedlung akzeptieren, würden wir das Ende unserer Gemeinschaft akzeptieren.« Man mache Druck und suche die Hilfe der Institutionen. Der Deal mit den USA, so die Mabe-Vertreterin, habe die Situation deutlich verschärft. Und vor allem sei da die Regierung Bolsonaro, »die alles tut, um die Auslöschung der Quilombolas voranzutreiben«.

»Das Recht auf unser Territorium geben wir Quilombolas nicht her. Wir haben zwar einige Schlachten gewonnen, aber der Krieg ist längst nicht gewonnen.«



Raumfahrtzentrum Alcântara im Bundesstaat Maranhão

Foto: Reuters/Adriano Machado

# Bedrohte Lebensweise

Die Quilombolas sollten schon einmal umgesiedelt werden. Nun droht die erneute Vertreibung. Von Peter Steiniger

Mit handwerklicher Fischerei an der Küste, in den Flüssen und Seen sowie Landwirtschaft auf kleinen Parzellen mit fruchtbaren Böden, der Jagd und dem Sammeln von Früchten sichern sich die Quilombolas von Maranhão ihr Überleben. Ihre Dorfgemeinschaften sind sich nachbarschaftlich eng verbunden, viele Feste und religiöse Rituale werden gemeinsam begangen.

Die Austernsammlerin Wesley Santos Ferreira (Foto links) ist in Mamuna zu Hause. 71 Familien bewohnen die Ansiedlung der Nachfahren afrikanischer Sklaven, die 35 Kilometer vom Hauptort des Gemeindegebiets entfernt liegt. Die 1648 gegründete Kleinstadt Alcântara mit etwa 4000 Einwohnern hat schon größere Tage gesehen. Heute ist der Reichtum verblasst, den die hiesigen Plantagenbesitzer durch Sklavenarbeit im 18. Jahrhundert mit Baumwolle und im darauffolgenden mit Zuckerrohr anhäuften. Eine Fähre verbindet Alcântara mit Maranhãos Hauptstadt São Luís, die einzige feste Straße dorthin führt über hunderte Kilometer um die Bucht Baía de São Marcos herum.

Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden ökonomischen Niedergang und schließlich der Aufhebung der Sklaverei gaben im großflächigen Gebiet Alcântara immer mehr Besitzer ihre Güter auf. Sklaven und Freigelassene nahmen den Boden gemeinschaftlich in Besitz und betrieben darauf Bedarfswirtschaft. Nach und nach gingen sie dazu über, Mehl und Reis auch für den lokalen Markt zu produzieren und damit die gesamte Region zu versorgen.

Die Gemeinschaft Mamuna steht seit drei Jahrzehnten in Konflikt mit dem in ihrer Nachbarschaft errichteten Raketenstartplatz, einem noch unter der Militärdiktatur (1964–1985) begonnenen nationalen Pres-

tigeprojekt. Es ist die weltweit am dichtesten am Äquator gelegene Einrichtung dieser Art. Unter Ausnutzung der Erdrotation lassen sich von hier aus Ladungen mit wenig Treibstoff und dadurch kostengünstig in eine Erdumlaufbahn befördern. Viel mehr als Ärger hat Alcântara Brasilien bisher nicht gebracht. Es fehlt dem Land weiter am entsprechenden Know-how. 2003 warf die Explosion einer Satelliten-Trägerrakete auf dem Startplatz Brasília Weltraumpläne weit zurück. 21 Arbeiter waren bei der Tragödie ums Leben gekommen. Den vereinbarten Start einer ukrainischen Cyclone-4-Rakete ließ Brasilien 2015 platzen, nachdem die Kosten aus dem Ruder gelaufen waren. Die USA wollen für Satellitenstarts Geld zahlen, aber kein technologisches Wissen teilen und sich auch in Bezug auf ihre Fracht nicht in die Karten schauen lassen. US-Spezialisten erhalten Sonderrechte auf brasilianischem Territorium.

Das traditionelle Leben der Einwohner von Mamuna stand bereits Anfang der 1980er Jahre auf dem Spiel, als ihre Gemeinschaft zu denen gehörte, die für die Errichtung der Basis umgesiedelt werden sollten. Den Familien in Mamuna und elf weiteren Gemeinschaften (Baracatatiua, Brito, Mamuninha, Itapera, Canelatiua, Santa Maria, Quero ver, Peri Açú, Cajubal, Bom Viver und Pacuri) blieb dieses Schicksal damals erspart. Schlechter erging es 32 Quilombos, denen ihr angestammtes Land genommen wurde. An sieben neuen Orten mussten die Menschen sesshaft werden: Peru, Marudá, Cajueiro, Só Assim, Pepital, Espera und Ponta Seca. Außer Gefahr sind die evangelikal geprägte Siedlung Vista Alegre und Arenheguaua mit ihren hohen Juçara-Palmen (Fotos links), in der etwa 80 Familien zu Hause sind. Sie liegen weit genug weg von der Basis und etwa 60 Kilometer entfernt von Alcântara.

Bilder des Alltags und der Arbeit von Menschen jenseits der Metropolen zeigt die brasilianische Dokumentarfilmerin, Fotografin und Sozialwissenschaftlerin **Ana Mendes**. Sie erzählen vom Leben und von den Kämpfen der indigenen Völker, der Minderheiten und der afrobrasilianischen Bevölkerung, nehmen Partei für ihre Rechte und wenden sich gegen Rassismus. Siehe auch: [www.imagenshumanas.com.br](http://www.imagenshumanas.com.br)



Foto: privat



## Schwarze Wehrdörfer gegen Herrenhaus und Sklavenhütte

In keinem anderen Land außerhalb Afrikas haben so viele Menschen afrikanische Vorfahren wie in Brasilien. Mitte des 16. Jahrhunderts begannen portugiesische Kolonisatoren mit der Verschleppung von Millionen Menschen aus den afrikanischen Ländern, um sie auf Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen oder in Bergwerken ausbeuten zu lassen. Verboten wurde die Sklaverei erst 1888 mit dem »Goldenen Gesetz« der Prinzessin Isabel. Das Kaiserreich Brasilien war damit das letzte westliche Land, das diese Form des Menschenhandels offiziell abschaffte. Am sozialen Status der Afrobrasilianer änderte das zunächst wenig. Und bis heute wirkt das Erbe der Sklaverei nach. Das zeigt sich an der riesigen Dienstkraftklasse, einem Heer billiger Arbeitskräfte für die Haushalte der weißen Mittelschichten. Ihre Portiers, Putzfrauen, Kindermädchen, Handlanger und Botengänger sind fast ausschließlich Nachfahren der früheren Sklaven. Den Gegensatz von »Herrenhaus und Sklavenhütte«, mit dem der Soziologe Gilberto Freyre Brasilien einmal charakterisierte, hat ihre Gesellschaft verinnerlicht. Eine lange Geschichte kann aber auch der schwarze Widerstand gegen Ausbeutung und Entrechtung vorweisen. Präsent ist diese besonders im kollektiven Bewusstsein der Menschen im stark afrobrasilianisch geprägten Nordosten. Die rechte Welle, die Jair Messias Bolsonaro mit seinem rassistischen Diskurs 2018 an die Macht trug, prallte hier ab.

Der größte Teil der nach Brasilien deportierten Sklaven stammte aus dem Gebiet des heutigen Angola. Aus den dortigen Bantu-Sprachen leitet sich das brasilianische Wort Quilombo als Bezeichnung für einen Zufluchtsort ab. Die brasilianische Verfassung von 1988 machte daraus auch eine rechtliche Kategorie. Hinein fallen von Nachfahren schwarzer Sklaven bewohnte ländliche Gemeinden, die eine eigene historische Entwicklung genommen haben. Sie bildet die Grundlage dafür, dass diese ihr Territorium juristisch beanspruchen können. Die genaue Zahl der Quilombos in Brasilien ist nicht bekannt. Die kulturelle Stiftung Palmares zählte 3524 von ihnen. Einen Schutzstatus haben bisher nur 154. Mindestens 1700 weitere bemühen sich darum. Quilombos finden sich in Küstenregionen, aber auch tief im bis heute halbfeudalen Hinterland. Gegründet wurden sie von entflohenen Sklaven, die sich zusammentaten, sich in Bergen und Wäldern vor ihren Verfolgern versteckten und isoliert liegende Wehrdörfer errichteten. Ähnliche Siedlungen entstanden auch anderswo in Amerika. Ein besonderer Quilombo war das um 1600 gegründete Palmares im Nordosten Brasiliens. Bis zu 30 000 Menschen sollen dort gelebt haben. Den Kolonialtruppen gelang es erst 1694, die Sklavenrepublik zu eliminieren. Ihr Anführer Zumbi wurde am 20. November 1695 hingerichtet. Quilombos waren keine utopischen Orte: Sie kannten eigene Herrschaftsformen bis hin zu interner Sklaverei. Zu ihrer eigenen Kultur zählt die Kampfkunst Capoeira. Heute sind es Orte traditioneller Lebensweise. An Zugang zu Bildung und Gesundheit mangelt es. Das naturschonende Wirtschaften steht im Kontrast zu Brasiliens exportorientiertem Agrobusiness. Wie die meisten Brasilianer sind die Quilombolas ethnisch gemischt. Neben solchen mit schwarzen Vorfahren finden sich Gemeinschaften von »Caboclos«, den Nachkommen von weißen Europäern und Indigenen – wie dieser Netzknüpfer aus Vista Alegre (Foto). pst